

Arbeiterzeitung

Einzelnummer 10 Pfennig
bei Abnahme von 10 und in allen Städten erhältlich

Sammelt für Mansfeld!
Mansfeld muß siegen!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft mbH, Dresden, Postfach 17 200, Telefon: 21 11 11, 21 11 12, 21 11 13, 21 11 14, 21 11 15, 21 11 16, 21 11 17, 21 11 18, 21 11 19, 21 11 20, 21 11 21, 21 11 22, 21 11 23, 21 11 24, 21 11 25, 21 11 26, 21 11 27, 21 11 28, 21 11 29, 21 11 30, 21 11 31, 21 11 32, 21 11 33, 21 11 34, 21 11 35, 21 11 36, 21 11 37, 21 11 38, 21 11 39, 21 11 40, 21 11 41, 21 11 42, 21 11 43, 21 11 44, 21 11 45, 21 11 46, 21 11 47, 21 11 48, 21 11 49, 21 11 50, 21 11 51, 21 11 52, 21 11 53, 21 11 54, 21 11 55, 21 11 56, 21 11 57, 21 11 58, 21 11 59, 21 11 60, 21 11 61, 21 11 62, 21 11 63, 21 11 64, 21 11 65, 21 11 66, 21 11 67, 21 11 68, 21 11 69, 21 11 70, 21 11 71, 21 11 72, 21 11 73, 21 11 74, 21 11 75, 21 11 76, 21 11 77, 21 11 78, 21 11 79, 21 11 80, 21 11 81, 21 11 82, 21 11 83, 21 11 84, 21 11 85, 21 11 86, 21 11 87, 21 11 88, 21 11 89, 21 11 90, 21 11 91, 21 11 92, 21 11 93, 21 11 94, 21 11 95, 21 11 96, 21 11 97, 21 11 98, 21 11 99, 21 11 100

6. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 3. Juli 1930 Nummer 152

Die Kerkermeister der Ausbeuterrepublik

KPD gegen Amnestie für Margies und unsere Genossen / Ihr Plan zunichte gemacht / Margies und Genossen sind frei!

Berlin, 2. Juli. (Eig. Bericht.)

Es gibt keine Schandtat, die zu begehren die Sozialdemokraten nicht fähig wären. Am Mittwoch hatten die Sozialdemokraten im Reichstag alle ihre verfügbaren Abgeordneten herangeschleppt, um jegliche Amnestie der proletarischen Gefangenen zu verhindern. Die Sozialdemokraten lehnten nicht nur den kommunistischen Antrag auf die Vollamnestie für die proletarischen politischen Gefangenen ab, sie besahen sogar die Schamlosigkeit, sich offen gegen die Amnestierung selbst von einzelnen proletarischen Klassenkämpfern zu wenden. Ausgerechnet der Sozialdemokrat Landsberg, der Vater der Fememordorganisationen, begründete die Ablehnung der Amnestie für die proletarischen politischen Gefangenen mit dem erlogenen Argument, daß die Sozialdemokraten gegen eine Fememörder-Amnestie seien.

Zunehmend, wenn die Sozialdemokraten eine besondere Art ihrer Schurkereien zu verteidigen haben, schiden sie Landsberg auf die Tribüne; denn Landsberg ist der beste Ausdruck der Verkommenheit der gesamten Sozialdemokratie.

Landsberg und Koste, die Organisatoren der faschistischen Freikorps

Im Jahre 1919, Landsberg, der Mann, dessen Koste bei der Verhinderung des Nordens an Rosa Luxemburg noch nicht geklärt ist, Landsberg, der Mann, der auch das zweite Republikstumpfen des Herrn Severing durchzuführen half, Landsberg, der Vater der neuen Justizhausbestimmungen im neuen Klassenstrafrecht, dieser Landsberg ist ein Programm.

Als die preussische Regierung in den vergangenen Jahren einen Fememörder nach dem anderen in Freiheit setzte, da protestierte kein Landsberg und kein anderer Sozialdemokrat, und als die Kommunisten bei der Beratung des jetzigen Amnestiegesetzes den Antrag stellten, die Fememörder von der Amnestie auszuschließen, da stimmten Landsberg und mit ihm alle übrigen Sozialdemokraten gegen diesen kommunistischen Antrag. Doch wo es gilt, die Amnestie auch nur eines einzigen proletarischen politischen Gefangenen zu verhindern, da ist Landsberg mit seiner Fraktion pünktlich zur Stelle.

Während Landsberg sprach, sah Severing auf seinem Abgeordnetensitze und grinste. Severing und Landsberg teilen sich ihr Handwerk. Severing schuf das Republikstumpfen, durch das neuerdings wieder hunderte Proletarier hinter die Gefängnismauern gekommen sind, und Landsberg legt alle Kraft dafür ein, daß auch nicht ein einziger Gefangener eine Stunde vor Ablauf seiner Strafe entlassen wird.

Am Dienstag noch stimmten die Sozialdemokraten für Curtius.

den Außenminister der deutschen Imperialisten, und retteten damit die Regierung des Bürgerblocks. Am gleichen Tage stimmten sie gegen den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Minister des Lohns und Unterstützungsgeldes,

Dr. Stegerwald. Einen Tag später waren 135 Sozialdemokraten erschienen, um die Amnestierung von Margies und anderen Klassenkämpfern zu verhindern. Das zeigt die unerschütterliche Verkommenheit der Sozialdemokratie.

Doch den Landsberg und Konjunkten wurde nichts geschenkt. Genosse Pief rechnete gründlich mit dieser schamlosen Gesellschaft ab. Genosse Pief stellte fest, daß durch das Republikstumpfen Severings noch nicht ein einziger Faschist zu einer Haftstrafe verurteilt worden ist. Und Genosse Pief stellte weiterhin fest, daß

auch ohne Amnestie alle Fememörder in Freiheit

gesetzt werden. Die grundsätzliche Stellung der Kommunistischen Partei zum vorliegenden Amnestiegesetz gab Genosse Torgler

durch eine Erklärung der kommunistischen Reichstagsfraktion bekannt.

Nach der Ablehnung der kommunistischen Amnestieanträge für die proletarischen Gefangenen wurde dann der vorliegende Amnestieantrag in namentlicher Abstimmung mit 290 gegen 135 Stimmen angenommen. Die Zweidrittelmehrheit ist knapp erreicht.

Margies und eine Anzahl anderer proletarischer Gefangener werden aus dem Justizhaus entlassen.

und einige Duzend proletarische politische Flüchtlinge können nach Deutschland zurückkommen, um weiter mit der Partei des Proletariats den Kampf für Brot und Freiheit zu führen.

(Fortsetzung siehe 2. Seite.)

Polizei gegen Nordwest-Arbeiter

Sozialdemokratischer Polizeiterror und Nazistreibbruch sollen Streikfront zertrümmern

Essen, den 2. Juli 1930.

Heute vormittag ist das Kupferwerk Vöden in den Streik getreten. Bei H. S. S. Dortmund, hat auch die Abteilung Drahtverfeinerung heute morgen die Arbeit niedergelagt. In Dortmund streikt ferner die Belegschaft von Drehturm und Koppel zu 100 Prozent. Der reformistische Betriebsratsvorsitzende verurteilt die Streikfront zu brechen, indem er die Belegschaft überredete, einen 3prozentigen Lohnabbau, den er mit der Direktion vereinbart hatte, hinzunehmen.

In Essen ist die über 300 Mann starke Belegschaft der Katernberger Hütte geschlossen in den Streik getreten. Die ganze Belegschaft hat sich an der Zugangstraße des Betriebes als Streikposten aufgestellt. Die Belegschaft der Firma Verck ist gleichfalls geschlossen im Streik.

In der Westfälischen Bergwerks-AG, sind heute 400 Arbeiter der Abteilung Berginter in den Streik getreten, meistens 750 Arbeiter haben für morgen den Streik beschlossen.

In Düsseldorf Gebiet streikt das Haarpewerk mit 100 Mann Belegschaft reiflos, in anderen Betrieben wird der Streik ebenfalls 100prozentig durchgeführt.

Bei Schönil streiken wichtige Abteilungen, bei Kassel 800 Mann. In dem Betrieb Romag, Homborn und Storp-Trambau in Essen haben die Streikenden geschlossen unter oppositioneller Führung die Unternehmung zu einem Zurückweichen gezwungen. Sie haben den gefürchteten Lohnabbau zurückgezogen.

Die 1600 Mann starke Belegschaft der Hahnischen Werke im Großenbaum bei Duisburg trat unter der Führung der KPD und der roten Betriebsräte zu einer Belegschaftsversammlung zusammen, mit dem Erfolg, daß der Lohnabbau aus dem Betrieb begann.

Die Polizei verhaftete dabei den roten Betriebsrat, Jugendgenossen Neubauer, der unermüdetlich die Belegschaft zum Kampf aufgefordert hat. Seine Verhaftung war das Signal, daß auch der letzte Mann den Betrieb verließ.

In Duisburg streikt die Bergelhütte mit 1000 Mann Belegschaft. Die Polizei hat die Streikleitung, die aus oppositionellen Arbeitern besteht, verhaftet.

In Wallum veranstaltete die Belegschaft Rheinwerft eine öffentliche Streikversammlung, die von der Polizei des Sozialdemokraten Mener überfallen wurde.

In Mülheim fand ebenfalls eine wichtige, aus 6000 Arbeitern bestehende Demonstration statt, die sich mit der Nachschicht der Thälenerarbeiter verbrüderte. Die gesamte Schicht trat daraufhin in den Streik.

Die Demonstration wurde von bezittener Polizei überfallen. Die Belegschaft der AG Mülheim beschloß mit 150 gegen 80 Stimmen, in den Streik zu treten.

Die Streikfront in Nordwest dehnt sich immer mehr aus, trotz der verbrecherischen Gegenarbeit der faschistischen und reformistischen Gewerkschaftsführer.

Das Faschistenblattchen in Sachen schreibt in einem Bericht zum Nordwest-Kampf: Wir Nationalsozialisten stehen in diesen Kämpfen voll und ganz auf der Seite der kämpfenden Arbeiter. Keinen Prosent Lohnabbau, Kampf der Youngpolitik, Kampf für Freiheit und Brot.

Eine tolle Demagogie! Goebbels hat in einer Faschistenversammlung am vorigen Donnerstag sich offen gegen den Streik ausgesprochen. Die Nationalsozialisten verließen in Nordwest und Mansfeld offenen Streikbruch, lassen sich unter Bedeckung der Polizei in die Betriebe bringen.

Erst vorgestern haben die Nazis im Reichstag unseren Siebenfundentag-Antrag und unseren Antrag zwecks Verhinderung von Betriebskollapsen gemeinsam mit dem Bürgerblock und der SPD niedergestimmt. So steht ihre Praxis aus. Auch dem letzten Nachläufer des Faschismus muß dieser Widerspruch klargemacht werden. Er muß durch uns zurückgewonnen werden für den wirklichen Kampf gegen Youngkollaps, für Arbeit und Brot.

Reißt den Hitler, Goebbels und Straßer die Maske vom Gesicht!

Bonzendiktatur gegen GAZ

Berlin, den 2. Juli.

In der GAZ-Gruppe Berlin-Weihensee kam es am Freitag den 28. Juni auf einem Gruppenabend im Jugendheim zu scharfen Auseinandersetzungen der Mitglieder mit den Bezirksinstanzen, die damit endeten, daß der GAZ-Vorsitzende Schmittgen und der linke GAZler Albrecht vom Bezirksvorstand wie der gesamte Weihenseeer Funktionärstamm abgesetzt, der Gruppenabend aufgelöst, das Jugendheim eingeschlossen wurde und ein Verbot gegen die Oppositionellen erlassen.

Der Leiter eines bei Hannover gelegenen GAZ-Verzweigungsheimes, „Viktor-Wolter-Heim“, der Genosse Heinrich Reidel, ist zur KPD übergetreten. Als proletarischer Freiheitskämpfer war er den dort anwesenden Sozialdemokraten schon lange ein Dorn im Auge.

Steine ins polnische Konsulat

Nieder mit dem faschistischen Arbeitermörder Wisludski!

Leipzig, den 2. Juli 1930.

Hier fand gestern eine Demonstration der Leipziger Arbeitererschaft gegen das in Lemberg gefällte Todesurteil gegen drei Jungkommunisten vor dem polnischen Konsulat statt.

Es wurden mehrere Reden gehalten gegen den faschistischen Terror und die Genterjustiz Wisludski. Die Polizei hielt sich zurück und wagte nicht, den Demonstrationsszug anzugreifen. Nach kurzer Zeit marschierte der Demonstrationsszug zum Konsulatsgebäude zurück. Die Empörung der Arbeitererschaft war so groß, sie erlaubte sich darin, daß die Fenster Scheiben des Gebäudes zertrümmert wurden. Mit Rotfront-Kufen löste sich der Zug auf. Die Polizei erschien erst, als die Demonstranten schon weg waren.

Terrorurteil gegen Erwerbslose in Birna

Dresden, den 3. Juli.

Wegen Vergehens gegen das Republikstumpfen, Aufruhrs und Landfriedensbruchs verurteilte das Dresdener Schöffengericht

den Arbeiter Dpiz zu acht Monaten und die Arbeiter Schwarze, Wehner und Kaderich zu je sechs Monaten Gefängnis. Alle vier Verurteilten sind ausgereinerte Erwerbslose und hatten am 6. März in Birna die Erwerbslosendemonstrationen mitgemacht. Von der Polizei unmenslich verprügelt, folgte, um diesem Dreinshagen einen Schein von Berechtigung zu geben, die Anklage und Verurteilung.

Befanntlich begründete Severing damals sein Republikstumpfen mit der drohenden Zunahme der Erwerbslosen und ihrer Kabilisierung. Die Klassenrichter haben den Willen des sozialdemokratischen ehemaligen Polizeiministers Severing verstanden.

„Hungerrevolten im Sowjetparadies“ meißelt heute morgen die bürgerliche Presse aus London über Riga aus Odessa. Wir brauchen nicht zu versichern, daß es ein neuer ausgemachter Schwindel ist zur Ablenkung der sich verhängenden Krise in Deutschland.

Heller Aufruhr im Nazi-Lager!

Die Hitler, Goebbels und Straßer fordern zur gegenseitigen Niederknüpfung auf Vor der Spaltung in Mecklenburg usw. (Siehe 2. Seite!)